

Titeldaten

Titel: Staats- und gelehrte Zeitung des Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten: *mit allergnädigster Kayserlicher Freyheit*

Datum: Dienstag, den 4. Dezember 1849

Ausgabe: 287, 04.12.1849

Standort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky

Signatur: n.n.

PURL: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN52146935X_18491204

Rechtehinweis

Public Domain Mark 1.0

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



<https://creativecommons.org/publicdomain/mark/1.0/>

Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
- Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg

digitalisierung@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>



CORRESPONDENTEN.

Abonnement:
18 Mark, für löbl.
Postamt 15 Mark.

Insertionsgebühr:
5 Schillinge für die
Petit-Beile.

Berlin, den 1 December.

In den heutigen Verhandlungen des Waldeck-Ohm'schen Prozeßes wurde um 9½ Uhr abermals mit den Zeugenverhör fortgefahren, der erste ist der Weinbändler Sippel. Der eigentliche Grund der Vernehmung dieses Zeugen ist ein bei ihm in Besitz genommenes zerstücktes Zettel, welcher die Worte enthält: "Dr. Sippel! die Herren noch treffende Rechnung wird Ihnen Hr. Sippel bezahlet haben. Ergeben v. G. (Hr.)". Als auf Grund dieses Zettels Hr. Sippel befragt wird, ob er bei ihm noch eine Rechnung stehen habe, verneint der Zeuge dies und bekundet, daß v. G. ihm allerdings einmal einen Zettel oder etwas mehr, jedoch eigentlich nur in Folge eines Irrthums schuldig geblieben sey, diese Schuld jedoch sehr bald berichtigt habe. Ohm will nicht wissen, wie er zu dem Zettel gekommen ist. Auf Sippel folgt die Vernehmung des Obertribunalraths Selig. Waldeck hatte sich darauf berufen, daß Dr. Selig ihm am Tage seiner Verhaftung im Anhaltischen Lager gesehen habe, und daß er somit nicht auf dem Potsdamer Bahnhofe mit Ohm gewesen seyn könne. Das würdige und bescheidene Auftreten dieses Mannes so hoch über den einzelnen Personen des Gerichtsstandes stehenden großen Beamten untersteht, im Gegensaße zu einem früheren Vorfall bei der Zeugenvernehmung, die Aussage sehr wesentlich, welche dahin geht: er erinnere sich sehr deutlich, daß er am Tage von Waldeck's Verhaftung, deren Monat und Tag er jedoch nicht mehr angeben könne, dem Hrn. Geheimrath Waldeck im Anhaltischen Lager begegnet sey, indem er sich gegen 2 Uhr von dem Potsdamer Thore durch die Hirschfeldstraße und das Anhalts-Thor zum Mittagsessen nach Hause begeben habe. Im Thore sey ihm zur Stadt hinausgehend (Waldeck wohnte außerhalb der Stadt) Waldeck begegnet, beide hätten sich begrüßt, und seien ohne mit einander zu sprechen, an einander vorbeigegangen. Es folgt hierauf die Vernehmung von drei Männern, welche im Waldeck'schen Hause geblieben haben. Dieselben stimmen sämtlich mit großer Entschiedenheit überein, daß gar nicht zu kennen, weder persönlich noch namentlich. Letzterer wird in Folge dessen sowohl von der Vernehmung, wie von der Staatsanwaltschaft über seine frühere Aussage gemacht. Mithin werden von seinen häufigen Besuchen bei Waldeck scharf ins Gedächtnis genommen. Auch Goebcke wird wieder verbeigeholt. Er sucht dem Ohm durch künstliche Interpretation der Worte desselben zu Hülfe zu kommen, was aber der Präsident zurückweist. Ohm, der sich in immer tieferer Widersprüche verwickelt, wird endlich genöthigt, seine früheren Angaben zu modifiziren. Er flüchtet sich dabei abermals in die oft gehörte bekannte Ausrufung: er könne sich nicht mehr auf Alles besinnen. Ein weiterer Zeuge, Ernst, der nach Ohm's Aussage ihn, den Ohm, davon benachrichtigt haben sollte, daß zwei Männer ihn hätten besuchen wollen, die er nach der Beschreibung für Waldeck und v. G. gehalten, zieht den Ohm geradezu in die Lüge. Es ist hiermit die Reihe der Vernehmung der Zeugen geschlossen und kommen nunmehr die Entlassungszeugen an die Reihe. Der erste ist der frühere Abgeordnete zur Nationalversammlung, Staatsprocurator Scharnbaum. Derselbe deponirt unter anderem: Er erinnere sich nicht, jemals den Angeklagten Ohm gesehen zu haben. Die politischen Grundzüge und Richtungen Waldeck's, so wie seiner Faction, hätten nur die constitutionelle Monarchie zum Ziel. Republikanische Zwecke wurden nicht verfolgt. Der fernere Zeuge Anton Rambs, 50 Jahr alt, katholisch, Landgerichtsrath, erklärt: Eine Aufforderung zu einem Umsturz der bestehenden Gewalten, würde kein gescheuer und honorabler Mann an Waldeck gerichtet haben. Ein dritter Zeuge, der Regierungsrath Victor v. Unruh, 48 Jahr alt, evangelisch, äußert: Die Novembertage des vorigen Jahres vereinigen uns. Waldeck's Ziel mußte ich als Präsident der Nationalversammlung kennen lernen. Ich habe ihn daher bestimmt gefragt: Wollen Sie die Republik? Ich denke nicht daran, antwortete Waldeck, sie würde uns auf Umwegen doch wieder zur constitutionellen Monarchie zurückführen. Präsident: Kennen Sie Waldeck's Charakter? v. Unruh: Ja! Ich habe ihn trotz der Differenzen in unserer Meinung gekannt und achten gelernt. In ähnlicher Weise äußerte sich nunmehr eine Reihe anderer Zeugen, welche ein ähnliches Bild von dem Privat-Charakter und der parlamentarischen Wirksamkeit des Hrn. Waldeck entwerfen. Es waren namentlich der Oberbürgermeister Grabow, Landrath Reuter, Hülffs Bucher, Rechtsanwält Greiser und noch mehrere andere Abgeordnete und Juristen von Bedeutung. Die Aussagen dieser Männer machten einen tiefen Eindruck. Wie erkannten die eingeleiteten Gegner und Feinde des Hrn. Waldeck, als alle diese Stimmen, als selbst der gemäßigteste Grabow Hrn. Waldeck als einen überaus mäßigen verständigen Mann, einen entschiedenen Gegner der Republik und enormen Freund der constitutionellen Monarchie darstellten und als sich alle in dem Lobe seines Charakters und seiner Ehrenhaftigkeit überboten. Einen desto peinlicheren Eindruck machte es aber, als nun gleich darauf durch neue völlig glaubwürdige Zeugen Aussagen festgestellt wurden, daß der bekannte Goebcke versucht habe, Abgeordnete der Linken zu bestechen, indem er ihnen doppelte Diäten und für jede wöchentliche Abwesenheit 40 Pf. bot, wenn sie heimlich von der Rechten stimmen wollten. Selbst Goebcke's Frau hatte bei diesen Intrigen zu helfen gesucht. Mit diesem Theil der Beweisaufnahmen wurde das Zeugenverhör geschlossen, zugleich aber auch Goebcke völlig vernichtet. Ebenso wurden dadurch alle die einzelnen in den gefälschten Briefen enthaltenen kleinen Umstände völlig als Lügen erwiesen, so daß diese Briefe nunmehr sowohl den Schriftzügen als dem Inhalte nach vollständig als gefälscht erwiesen sind. Fast zum Ueberflusse erschienen die Zeugen, welche den Charakter des Ohm demjenigen, der darüber noch den entschiedensten Zweifel haben konnte, als völlig ermüthlich entwickelten. Der Abscheu vor diesen Menschen zeigt sich so groß, daß bereits Leute, welche mit ihm denselben Namen führen, in den Zeitungen dagegen Proceß einlegen! — In Folge aller dieser Vorgänge war der heutige Tag offenbar der bedeutendste des ganzen Prozeßes. Die halbe Stadt befindet sich in einer feierhaften Spannung und man hört fast nur von den Gerichtsverhandlungen. Namentlich war die Aufregung in Folge der letzten Erörterungen so stark, daß besondere Maßregeln haben ergreifen werden müssen, um die Person des Goebcke sicher zu stellen.

Berlin, den 3 December.

(B.-G. — Pr. electro-magnet. Telegraph.) Auf Antrag des Staatsanwalts wurden heute nach erfolgter Vernehmung der Geschworenen unter einander, Wal-

deck und Ohm von der Anklage des Hochverraths freigesprochen und sofort entlassen. Ohm und seine Complicen in der Fälschungssache wurden indes sofort auf Antrag des Staatsanwalts von Neuem verhaftet. Es fand bei der Entlassung Waldeck's keine Demonstration statt. Das Resultat veranlaßte viel Freude. Die Gruppen vor dem Gerichtshof zerstreuten sich ruhig.

† Berlin, den 1 December.

Die Tage der Verhandlungen des Waldeck-Ohm'schen Prozeßes waren schon seit Monaten, vielen Gerichten nach, als der Zeitpunkt bezeichnet worden, wo die dem Ansehn nach vollständig wieder gewonnene öffentliche Ruhe und Ordnung von Neuem durch einen Aufruhr gestört werden sollte, und selbst Leute, die sonst nicht angestrichen in solchen Dingen sind, sahen, wenn auch nicht mit Furcht, doch mit großer Spannung tiefen Tagen entgegen. Die letzten Tage aber sind sehr ruhig vergangen und auch für die kommenden Tage sind durchaus keine Anzeichen vorhanden, daß sich jene Befürchtungen auch nur theilweise realisiren werden. Die große, stark bevölkerte Stadt zeigt das Bild der vollständigsten Ruhe, von einer Aufregung, wie sie im vorigen Sommer innere Kämpfe voranging, ist gar nicht die Rede, so groß auch das Interesse, das man, wenn auch in sehr verschiedener Richtung, in allen Schichten der Einwohnerheit an dem Prozeße nimmt. Der Platz vor dem Criminalgerichtshof wurde zwar von Neugierigen, und wohl auch von Leuten, die einen Antheil an der Sache nehmen, stark besucht, allein man hielt sich nicht auf, es war mehr eine Wanderkavali als eine Gruppe, oder gar eine Demonstration der Massen. In den benachbarten Straßen sah man freilich auf eine Menge sehr zweideutiger Figuren und selbst an einem Auslaufen einzelner Badermann'schen Gefallen fehlte es nicht, sie bildeten aber nicht das Gros, sondern nur den Hintergrund der Stille, auch hatte der bei ihnen gewohnte feste Troß einer sehr unsicheren Haltung und vorsichtiger Bewegung Platz gemacht: ein Umstand, der den ruhigen Beobachter sehr bald überzeugte, daß der Aufruhr mit den veränderten Umständen, neben dem Terrain auch die Organe, ihn geltend zu machen, durch solche Purificationen verloren hatte. Von Seiten der Behörden waren durchaus keine besondere Anstalten, oder doch wenigstens keine öffentliche Maßregeln getroffen. Wir sahen nur zahlreiche Patrouillen der Constabular zu je sechs Mann die Hauptstraßen nach allen Richtungen durchziehen, und der Angabe nach seien die Wachen verstärkt und zwei Bataillone eines pommerischen Regiments in sofortiger Bereitstellung gewesen, um jeden Augenblick auf den Punkt einzutreten zu werden, wo die Behörde ein ernstes Einschreiten der bewaffneten Macht für nothig erachtete. Die Constabular haben aber vollständig hingesehen, den Sicherheitsdienst zu versehen, und man hat auch nicht von erheblichen Insulten derselben gehört. Die fortwährende Reorganisation dieses Corps, das seinen Mitgliedern gleichmäßig bürgerliche Ansehen als Sicherheitsbeamte und zahlreiche Berufungen derjenigen Personen, die sich Angriffe oder Absetzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen, sind Umstände, welche diesem Polizei-Institut jetzt einen festen Boden und die Anerkennung aller der Leute verschafft haben, welche sie und überhaupt die Polizei nicht zu fürchten brauchen. Was die veränderten Verhältnisse von Fremden anbelangt, welche dieser Courts nach Berlin geübt hat, so gehören sie meist dem Stande der Literaten und dem der Advokaten, die von demselben zum Vortheil ihrer Berufsarbeiten nicht bloß einen Ausfluß über die Stadt oder Umkreis Waldeck's, sondern über die ausgedehnten Verhältnisse der Demokratie im Allgemeinen erwarten. Eins der Hauptthemen, welche die Verhandlungen zu jezen bestimmt waren, bestand in der Frage, die man unendlich oft aufzuwerfen dachte: wie ist es möglich, daß ein Mann von dem reichen Wissen und der geistigen Kraft wie Waldeck sich zum Schölogenen eines so unbedeutenden gefälschten Schrankens und irgendwelchen Menschen wie Ohm wählen und ihm anvertrauen konnte? Gleich die ersten Stunden der Verhandlungen streiften diesen Scherz ab, da sich Ohm selbst sehr willkürlich als Apostel an der Sache der Demokratie, als Mitarbeiter an der Neuen Preussischen Zeitung und als Vertreter der Materialisten zu den halbwegs bekannten Entstellungen, dem erstauerten Publikum vorstellte und aus dem vermittelten Schölogenen ein gefährlicher Mitwisser und Anführer wurde. Auf diese Wendung waren die Zuhörer nicht gefaßt und der Eindruck, welcher diese Erklärung machte und sehr verschiedene Empfindungen, doch im Allgemeinen Indignation hervorbrachte, war außerordentlich.

AZC Berlin, den 1 December.

Der Prozeß Waldeck nimmt die Aufmerksamkeit des Publicums so fortgesetzt in Anspruch, daß alle Uebrige, namentlich die Kammer-Verhandlungen, darüber vollständig in den Hintergrund getreten ist. Es kann nicht fehlen, daß, je näher die Entscheidung rückt, um so bunter das Chaos von Gerüchten und Conjecturen wird, welches die Parteien, je nach ihrem Standpunkte, über den Ausfall der Entscheidung in Circulation setzen. Das Abenteuerliche wird erzählt und geglaubt. In conversationen Kreisen beschwört man den Gerichtshof geradezu der Parteilichkeit für Waldeck und weiß bereits, daß im Falle der Freisprechung Seiten der Staatsanwaltschaft beschloßen worden sey, wegen zahlreich vorgeschommener formeller Cassation einzulegen. In demokratischen Kreisen kennt man dagegen einen Beschluß des Gerichtshofes, wonach derselbe, falls die Geschworenen gegen seine Entscheidung die Erwartung das Schuldig über Waldeck aussprechen sollten, den Spruch cassiren und auf die Wahl neuer Geschworenen antragen würde. So man geht noch weiter und weiß, daß die Staatsanwaltschaft selbst die Anklage zurückziehen würde, während freilich Andere erzählen, daß der Ober-Staatsanwalt, Hr. Selhe, nach beendetem Zeugenverhör persönlich gegen Waldeck plaidiren werde und deshalb so sehr auf seine Zulassung bestanden sey. Man darf sich so müßig erachten als das Andere. Alle streitende Parteien werden über mit ihren Entschloßungen zurückhalten, bis die Geschworenen ihr Urtheil gefällt haben. Bei dieser Willkürlichkeit, man möchte sagen Gegenfährlichkeit der Parteien, ist es aber um so beachtenswerth, daß sie in einem Punkt auffallend zusammenstimmen: in der Mißbilligung der ganzen Rolle, welche die Polizei in den Ereignissen dieses Prozeßes gespielt hat. Die Intimität des Polizei-Präsidenten mit einem Goebcke, das mehr als wunderbare Entfesselung des Ohm aus dem Polizei-Präsidium, endlich das persönliche Auftreten des Präsidenten vor Gericht — alles dies hat eine überaus strenge Kritik hervorgerufen. Man geht

bereits so weit, offen zu behaupten, daß Hr. v. Hinkeldey als Polizei-Präsident von Berlin unmöglich geworden sey, und macht Wetten über die Länge und Kürze seiner noch zu erwartenden Amtsdauer.

AZC Berlin, den 2 December.

Die Bürgerkammer, welche von der Volkspartei dem Obertribunalrath Waldeck bestimmt war, wird ihm wahrscheinlich morgen oder übermorgen nach seiner erwarteten Freisprechung überreicht werden. Vollenket ist dieselbe schon seit längerer Zeit. Augenzeugen versichern, daß, als sich vorgestern Hr. Goebcke in dem Parteizimmer auf dem Criminalgericht befand und einem der Zeugen d. h. im Ankleben des Paletots behülflich seyn wollte, dieser es in den allerbezeichnendsten Ausdrücken ablehnte. Mehrere vormalige, theilweise durch den Waldeck'schen Prozeß hier zusammengekommene Deputirte zur Berliner National-Versammlung, als Grabow, v. Unruh und Andere, hatten sich gestern in einem besonderen Lokal versammelt. Wie man jedoch vernimmt, war der Zweck dieser Versammlung vormaliger Kollegen nur der eines geselligen Beisammensichens. Der Zerbrochene soll durch die Freisprechung seines Kassirers einen bedeutenden Verlust erlitten haben. Derselbe ist, wie man hört, mit der Kasse dieses Vereins, welche sich auf eine erhebliche Summe belief, davongezogen. Da uns jedoch zur Zeit eine positive Bestätigung darüber fehlt, so geben wir das Factum einfließen nur gerüchthweise. Unterthelbe fanden schon seit längerer Zeit bei der Kasse des Zerbrochenen, welche hauptsächlich durch doppelt ausgefüllte Nuntierungen benutzelt wurde. Der Redaction der Kreuzzeitung ist unlängst von conferativer Hand ein Verzeichniß derjenigen Abgeordneten überreicht worden, deren Persönlichkeiten sie nach dem Wunsch des Einleiters im Aufhauer unangefast lassen sollte. Die Redaction hat aber wörtlich entgegnet, sie bedauere, aus dem Wunsch nicht einsehen zu können, weil die Verbreitung der Kreuzzeitung darunter leiden würde.

• Berlin, den 1 December.

Wie wir hören, hat der hiesige Polizeipräsident v. Hinkeldey eine Beschwerde des gegen den Gerichtspräsidenten Tadel eingereicht, worin er denselben beschuldigt, in den an ihn gestellten Fragen in der vorgeschriebenen Sitzung des Waldeck'schen Prozeßes keine Eore verliert zu haben. Das Recht der öffentlichen Verleumdung konnte einem Gerichtspräsidenten nicht eingeräumt werden, er werde daher eine Klage gegen Hrn. Tadel anhängig machen. Unserer Ansicht nach dürfte es rathamer seyn, die Sache auf sich beruhen lassen, zumal da es nicht in Abrede zu stellen ist, daß Hr. v. Hinkeldey die erforderliche Mäßigkeit und Mäßigkeit vor Gericht nicht beobachtet hat. Sein gereiztes Auftreten ist, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, auch von der conservativen Partei nicht gebilligt worden, und wir sind überzeugt, daß Hr. v. Hinkeldey auf diese Weise schwerlich die Billigung seiner höheren Vorgesetzten erlangt haben wird. Zu seinem besten gereizten Verhalten lag um so weniger Grund vor, da der angegründete Tadel, als ob er seiner amtlichen Stellung etwas vergeben habe, bei allen Unparteiischen schon durch die von ihm in Hamburg bewirkte Verhaftung des H.-G. Ohm unbilliglich wirkte. Hatte Hr. v. Hinkeldey die Verhaftung des Ohm in irgend einer Weise zu scheuen gehabt, so würde er die Haftbefehlsergabung selbst nach dessen Flucht nach Hamburg sich nicht haben angetan seyn lassen. Wenn auch der Staats-Anwalt es war, welcher auf die Verhaftung angetragen hatte, so lag die Verurtheilung derselben doch lediglich in der Hand des Hrn. v. Hinkeldey. Alle von der demokratischen Partei ausgestreuten Verleumdungen fallen vor dieser vorliegenden einfachen Thatfache in ihr Nichts zurück.

Morgen findet hier die dritte Versammlung zum Zwecke der Einigung der gesammten conservativen Partei und zur Bildung eines Centralwahl-Ausschusses für den Reichstag statt.

Innerhalb der hiesigen conservativen Partei hat der Berliner Central-Ausschuß eine Sammlung von Geldbeiträgen zur Unterstützung der armeren Mitglieder der conservativen Vereine veranstaltet, welche Sammlung bereits eine namhafte Summe ergeben hat.

Auf dem Gebiete der Wissenschaft ist auf ein hier erschienenen treffliches Werk von Friedrich Nebeck hinzuweisen, in welchem das ganze reiche Feld des Handels nach seiner gegenwärtigen Gestaltung die sorgfältigste und flache Darstellung findet. Das Werk, welches nun ein logisches Gebäude der Handels-Wissenschaft darstellt, hat, unter dem Titel: "Systematisches Lehrbuch der Handels-Wissenschaft" erschienen.

Dresden, den 28 November.

Unter den Eingängen der ersten Kammer befand sich ein von der Rechten ausgehender Antrag: "Se. Maj. zu erlassen, hinsichtlich der bei den Mai-Ereignissen Vertheilten von dem nach S. 52 der Verfassungsurkunde Ohm zugehörenden Vertheilungsrechte den möglichst ausgedehnten Gebrauch zu machen", zugleich mit dem Wunsch, daß Se. Maj. die zu fassende Entscheidung vor ihrer Vertheilung der Rechten Kammer mittheilen möge. Man gelangte zu der Frage: ob auf die Thronrede eine Adresse erlassen werden sollte? Wie ein Mann erhob sich die Kammer dagegen. — Auch in der zweiten Kammer wurde gleichfalls von der Rechten ein Antrag auf Annahme einer Adresse (gegen 6 Stimmen) beschloßen, eine Adresse auf die Thronrede zu erlassen. Diese Adresse hatte sich für eine Adresse erklärt. Der Umstand, daß auf die Mai-Angelegenheiten nicht ein einziger freundlicher Blick gefallen, die Auffassung der deutschen Frage, das Stillschweigen über den Kriegszustand: dieses Alles beweist, daß das Staats-Überhaupt über unterrichtet sey. Deshalb bedürfe es einer Antwort, einer Adresse, durch die man von dem über beratenden Könige an den besser zu unterrichtenden Apparat. Sie sey doppelt nothig, wo durch maßlose Suspensionen so viele in Eindrücken gerathen, wo Hunderte im Kerker und Exil schwärmten, wo überall Spuren eines rechtlosen Zustandes sichtbar seyen, wo die Hand des Beamten schwer auf dem Volke laste, und wo keine Garantie für ein Weiterwerden gegeben sey. Man wolle nun zwar auf das Nichtsichende der Thronrede hin, er aber meine: auf eine wenig vorbeigehende Rede gehöre eine vielsagende Antwort. Niedermann gegen die Adresse. Er glaube, daß der Zweck derselben schneller und gründlicher auf anderem Wege zu erreichen sey. Man habe jetzt den Weg des Antrags, der Interpellation; durch die Adresse werde ein flüchtiger zurückgerufen, der Belagerungszustand nicht aufgeho-

ben. Da sey ein Antrag wirksamer. Eben so könne der Hauptpunkt, die deutsche Frage, in anderer Weise besser und gründlicher zur Verathung gelangen. Endlich aber sey auch noch zu erwägen, daß eine Adresse jetzt nur von ungefähr zwei Dritttheilen beraten und beschloßen werden könne, während sie doch der Ausdruck der Gesamt-Vertretung seyn solle. (S. f. W.)

München, den 29 November.

Gestern begann die Annestiedebatte. Dr. Seine bestritt sofort einen Antrag, der sich dem Ausfluß angeschlossen, aber statt der von diesem angeregten Ermächtigung zur Annestiedebatte, welche der Regierung erteilt werden soll, dahin geht: alle jene zu annestieren, welche auf zwei bis vier Jahre nach Amerika auswandern; daß sie nicht früher heimkehren, dafür solle das Ehrenwort und die Gewähr gerichtlicher Einwirkung sorgen. Für Unbemittelte, welche etwa 200 fl. jeder bedürfen, sollte eine Nationalsubscription die Mittel schaffen! Die Kammer solle sich hierzu an die Spitze stellen, die Staatskasse den ganzen Bedarf decken! Pfarrer Tafel begründet in einer ausführlichen Rede seinen Antrag auf völlige Annestiedebatte für die politischen Vorgänge der Jahre 1848 und 1849. Dieser Redner ermahnte gelegentlich, Hr. v. Gagern habe im Dreißiger-Ausfluß, da es sich zeigte, daß die Palz von allen Seiten verlassen sey, erklärt: er wolle die Regierung der Palz in die Hand nehmen. Gegen diese neue Thatsache erwiderte Minister v. d. Pfordten mit scharfem Tadel gegen die damalige Thätigkeit des Reichsministeriums. Dieses habe in jener Zeit der bayerischen Regierung das zuverlässigste die Jägerbataillone vorgehalten, dagegen einen Reichs-commissar in die Palz geschickt, ohne im Einverständnis mit dem bayerischen Bevollmächtigten zu treten; es habe hierzu einen Mann gewählt, von dem es habe erwarten müssen, daß er die nöthige Verhütung in die Palz nicht bringen werde. Dagegen erhielt sodann eine im Ausfluß in der Minorität gebliebene Fassung der Annestiedebatte, wonach nur solche ausgenommen seyn sollten, welche die Staatsform umzuändern, mit dem Auslande sich zu verbinden gesucht oder gemeine Verbrechen begangen haben. Reinhardt will für das freisitzige Bayern nur so viel festhalten: daß die politische Verhältnisse gegen Caution freigegeben und von den Schwurgerichten ihrer Kräfte abzurufen werden. Die folgenden Redner, Dr. Sepp, Lang, Arminius Menckel bestritten die Ausfluß-Anträge; der erstere jedoch mit Hinweisung des Zufall-Antrages. Der Justizminister v. Kleinroth schloß eine solche Annestiedebatte als unbillig; der Sach justitia fundamentum regnum, nicht Selbstpolitik der Regierung nach Popularität müsse den Minister leiten. Der leicht Geldwerb der Revolutionäre konnte sie, wenn annestiert, rügen, daß alle Geschicht zu wiederholen. Voller Annestiedebatte für Schwäche geachtet, und Schwäche erzeuge keine Achtung. Die Anflage, welche insbesondere Lang, wegen Unthätigkeit der Regierung zur Zeit des Palz-Ausflusses erhob, bekämpfte der Minister mit dem Auftreten der damals versammelten Kammer und einzelner Palz Mitglieder, und mit der Hinweisung auf die Nothwendigkeit im Einflange mit der Operation gegen Baden zu handeln. Den Hinkeldey'schen Antrag bezeichnet er als unpraktisch, den Reinhardt'schen als eine Aufnahme vom gefälschten Gange, welche durch die Colloquiengefahr den Zweck der Untersuchung selbst gefährden würde. Die Thätigkeit des Central-Untersuchungsgerichtes in Augsburg rechtfertigt der Minister mit dem Umstand, daß eine Anzahl Akten dort liege, die vom Staats-Anwalt im Untersuchungsgerichte genau studirt werden müssen. Hier wurde die Debatte abgebrochen. (S. M. J.)

Von 9 bis nach 4 Uhr währte die heutige zweite Sitzung, welche die Abgeordneten der Vertheilung des Annestiedegeldes widmeten, und noch schwach sie im Stadium der allgemeinen Diskussion. Für die beiden Anträge der Abgeordneten Tafel und v. G. sprechen die Abgeordneten Stecker, Rebenhof, Dr. Har, Hilbert, Prell, Grämer und Weber; für die Ausfluß-Anträge die Abgeordneten Dr. Jäger, Rösch, Kirchgehn, Westermayr, v. Nuland und Dollinger. Letzterer greift in einer unangebrachten Rede sehr weit aus, um mit der ganzen Macht seiner Dialektik und manchen in weiteren und engeren Kreisen umherfliegenden Inimicitien die von den unverbesserten und verkappten Republikanern drehten Gefahren zu schildern und damit die anderen Anträge und Veto zu bekämpfen. Er provocirt mehrere persönliche Entgegnungen von den Abgeordneten Hine, Morgenstern, Tafel und Wallstein, und die siebenstündige Sitzung wird endlich geschlossen. Heute kommt Fortsetzung und Schluß der allgemeinen Diskussion, die Sitzung ist wegen des Geburtsfestes des Königs auf Nachmittags ausgesetzt. (M. J.)

Hr. v. d. Pfordten ließ sich am 28. gegen Abgeordnete gesprächsweise dahin geäußert haben, daß der Charakter des Ministeriums Schwarzberg dafür bürgte, daß Oesterreich den von Preußen abgeordneten Reichstag zu Erfurt nicht dulden, daß es sich einem einseitigen Vorgehen Preußens auf jede Gefahr hin widersetzen werde. Es läßt sich freilich annehmen, Hr. v. d. Pfordten dürfte kaum eine solche Versicherung gemacht haben, man habe vielmehr das Ganze für ein bloßes Gerücht zu halten, das erlunken worden sey um auf die öffentliche Meinung im Allgemeinen, zunächst aber auf den Gang der Verhandlungen in der Abgeordneten-Kammer über das Annestiedegeld zu wirken. Aber wir selbst haben Gelegenheit erhalten, aus dem Inhalte von direkten Wiener Briefen wenigstens das zu erfahren, daß in der Kaiserstadt genau die nämliche Angabe in Umlauf gekommen war. Selbst so weit gehen die Wiener Nachrichten, daß ein Krieg mit Preußen als unausweichlich bezeichnet wird, wenn man in Berlin nicht noch im letzten Augenblicke sich eines Besseren besinnen und auf sein brachsigstes Verfahren verzichten werde. (L. J.)

Frankfurt, den 1 December.

Die für das Interim ernannten Commissarien der beiden Großmächte werden, glaublicher Versicherung zufolge, im Laufe der nächsten Tage hier eintreffen und ihre Functionen antreten. Eine Verzögerung ergab sich nur noch aus dem zufälligen Grunde, daß Fürst Schwarzberg noch nicht auf alle einschlägigen Fragen in ausreichender Weise vorbereitet war, und deshalb einer speziellen Aufwartung von hier bedurfte, die, wie wir hören, bereits erteilt sein soll. (M. J.) In dem Fürstlichen Thurn- und Taxis'schen Palais sind jetzt, wie man hört, alle Einrichtungen für die Aufnahme der interimistischen Bundes-Commissarien beendet. Die Bezeichnung "Reichs-Anstalt" ist an den Localen, wo diese selber ihren Sitz halten, nun wieder der Bezeichnung "Bundeskanzlei" gewichen. (M. J. J.)

Seit lange tagte Dingelstedt hier und wird noch einige Tage bleiben. Das Ziel seiner Reise ist Wien, und man vermutet, daß er mit einer vertraulichen Mission der württembergischen Regierung beauftragt worden. Der offensibele Zweck der Reise sind Familien-Angelegenheiten. (Köln. Z.)

Aus dem Landtag der Landgrafschaft Hessen-Homburg, der am 26 v. M. einberufen war, wäre beinahe nichts geworden. Es blieben an diesem Tage die Weisenheimer Abgeordneten bis auf zwei aus; die Kammer war deshalb nicht beschlußfähig. Es haben sich indeß am 28 v. M. noch einige Abgeordnete des Weisenheimer Districts in Homburg eingeladen, und so wird denn das hessen-homburgische Volk nun doch die Befreiung haben, seine Vertreter (wie wollen nicht, wie viel ein Tugend sind) Tag zu sehen. (V. C.)

Zuschnittzeit, Ende November.
Der Reichsbezirk wird geschrieben: „Zwei große Agitationen beherrschen in diesem Augenblick die europäische Politik; sie sind um so gefährlicher, als sie sich gegenseitig in die Hände arbeiten und schwächende Kräfte sich gegenüber haben. So übermäßig das österreichische Cabinet zu sich scheint, noch fürchtet es das Bündniß vom 26 Mai; es arbeitet gegen dasselbe in einer Ausdehnung, mit einer Hitze, ja Wuth, die deutlich erkennen laßt, welche Gefahr für Oesterreich ein deutscher Reichstag hat. Kleinmüthig ist, was in dieser Richtung auf deutschem Boden geschieht. Ungleich anziehender sind die Wendungen, welche man an den auswärtigen Höfen macht. — Wendungen, welche die Nation, wenn ein Funke nationalen Stolz in derselben wäre, mit dem Gefühl der tiefsten Empörung erfüllen müßten. Wir dürfen für den Augenblick darüber nichts Näheres mittheilen, aber es wird jedem aufmerksamen Zeitungsleser das Beispiel der dänischen Beziehungen vor sich ein Fingerzeig setzen. Der andere große Zug geht direct auf das Portfeuille des Lord Palmerston; Rußland weiß sehr wohl, was dieser heftige und harte Staatsmann der St. Petersburger Schlangenpolitik gegenüber bedeutet; es kennt die Furcht des englischen Silbes und Handels vor Krieg genug, um an rechter Stelle seine Hebel einzusetzen gegen den verhassten Staatsmann. Es giebt für Preußen und für die Hoffnungen Deutschlands keinen andern Rückhalt als England; vermochte man Lord Palmerston zu stürzen, so würde das isolirte Preußen sich entweder in Rußlands Abtact flüchten, oder einen Kampf wagen müssen, in welchem leicht die Pläne von 1756 realisirt werden könnten. Da hätte man denn allerlei Abfall für die deutschen regeln, und man würde eine neue juste réparation des forces, deren Grundzüge bereits Gegenstand der Erwägung in der Hofburg zu Wien gewesen, realisiren können. Welche großen Projekte reichen sich in London die Hand; nur eine Sorge verzögert noch ihr rasches Vorschreiten; die französischen Zustände sind von der Art, daß sie keinerlei Berechnung zulassen, und man taucht sich darüber nicht, daß, wenn es auf das äußerste in Deutschland getrieben wird, leicht die rheinische Pfanzensiedung für Italien precar werden konnte. Vorläufig arbeitet man in Berlin — oben und unten, und was sehr merkwürdig ist, auch in der Mitte. Welche Factoren oben in Arbeit sind, weiß man, — und indem dort immer heftigere Ausbreitungen anempfohlen werden, sind die Agenten, die in den demokratischen Vereinen arbeiten, dem sinneren Beobachter erkennbar. Wir schreiben Ihnen schon vor zwei Monaten eine Notiz über namhafte Volkse Freunde, die ihre Instruction auf den Wiener Bureau erhalten, aber in Berlin ließ man nur die Kreuzzzeitung.“

E. Hannover, den 23. November.
Es ist eine feltene Erscheinung, daß in einer politischen Frage alle Parteien und Schichten eines Volks übereinstimmen. Wir haben diese Erscheinung jetzt bei uns in Beziehung auf den Dreißigjährigen Bund. (2) Man glaubt hier allgemein, daß der Bund zerfallen werde, wenn auch der Reichstag zusammentreten sollte, was noch zweifelhaft ist. Die kleinen Staaten werden sich bald überlegen, daß sie mit ihren Finanzen die Lasten nicht tragen können, welche sie für den engeren Bund und dann noch für den weiteren Bund zu tragen haben würden. Ausichten auf Zwangsmaßregeln, wie sie in der braunschweigischen Kammer von Hrn. v. Scheinich und gestellt sind, scheitren uns nicht. — Eben so einmüthig ist die Stimmung in Beziehung auf Schleswig-Holstein. Wir wissen wohl, daß Lang II. ein Heiter ist, der sein Knecht bald rechts, bald links anspringen lassen kann, auch das Traverfieren versteht und sein Knecht tummeln wird, bis es zu dem gewünschten Ziele zieht — aber für den Antrag in Beziehung auf Schleswig sind wir ihm dankbar, sowohl was Form als Inhalt betrifft. Solche Kundgebungen eines Nachbarlandes machen dem schleswigischen Brudersinn doch wieder etwas Muth.

Unsere Kammer, Verhandlungen liefern auch das erfreuliche Resultat, daß wir weiter kommen; auch sind wir der festen Überzeugung, daß Viele der Linken sich von dem bärstigen Auftreten des Hrn. Cuißen z. werden abgestoßen fühlen und mit dem wirklich fortschreitenden liberalen Verfahren der Regierung sich einverstanden erklären werden.

Am 1. Sannover, den 1. December.

Nach beendelter vertraulicher Sitzung kam in zweiter Kammer heute folgender Antrag der Finanz-Commission zur Verabreichung: "Stände haben sich zwar beith, das ihnen mittelt Schreibens der Königl. Regierung vom 15 Noobr. d. J. voralcagte Budget für das Rechnungsjahr vom 1 Juli 1847/50 in Betrachtung zu nehmen, sich aber zu ihrem Bedauern überzeugen müssen, daß sie nicht im Stande sich befinden, eine gehörige Prüfung des ersten, die vereinigten Kassen betreffenden, Budgets bis zum Ablaufe des Zeitpunktes zu beendigen, bis zu welchem, nach Bestimmung des Landes-Verfassers, die Steuern

Nur noch erben werden dürfen.

So wie nun die Stände sich für verpflichtet halten, sowohl einerseits jeder für das Land verderblichen Störung im Staatehalt zu vorbeugen, als andererseits, ohne vorgängige gründliche Prüfung, keine formliche Budgets-Bewilligung auszusprechen, so sehen sie sich zwar in die Nothwendigkeit versetzt, die Königl. Regierung allgemein zu ermächtigen, die Steuern, Zölle und sonstige Einnahmen, nach Maßgabe der Budgets-Vorlagen vom 13 März und 15 Nov. d. S. bis zum 1 Juli f. S. fortzuerheben, auch hiernach die Ausgaben, in so weit über selbige nicht in besondern Vorlagen der Königl. Regierung gemachte Bewilligungs-Anträge zu erledigen sind, zu bestreiten; zugleich aber zu bevorzugen: daß sie in dieser, durch Lage der Dinge ihnen abgeregten Erklärung keineswegs eine solche Bewilligung erblicken können, aus welcher für die demnachfolgende fernere Vertheilung der aufgeführten Positionen irgend eine Consequenz zu ziehen wäre.

In dem sie vielmehr die erste ordnungsmäßige Prüfung und Bewilligung der Budgets der vereinigten Klassen auf das Budget für das Rechnungsjahr 1860/51 verschieben, müssen sie zugleich die bestimmte Erwartung aussprechen, daß ihnen das Budget zeitig, und zwar spätestens im März f. S. vorgelegt und ihnen Gelegenheit zu gründlicher Prüfung desselben nicht abgesprochen werde.

Uebrigens müssen Stände ihre Aeußerung über die Nothwendigkeit der eingebrachten späteren Verfassung und über die dadurch unerkennbar herbeigeführten Unzulänglichkeiten sich vorbehalten."

Einbemann, welcher Claffen das Präsidium überlassen, referirte als Mitglied der Finanz-Commission im Wesentlichen so, wie in dem vorstehenden Antrage die Sache motivirt ist, suchte nur noch durch die Hinweisung auf die Zeit, welche frühere Finanz-Commissionen in den Jahren 1837 bis 1848 zu ihren Arbeiten gebabt, darzutun, daß es der jetzigen Commission auch nicht wohl möglich gewesen wäre, das Budget bis Ende d. J. abgegründet an die Stände zurück zu bringen. Lang II. erklärte gleichfalls, daß ihnen die Arbeit zu vollbringen nicht möglich sei. Die Lage des Landes und das Unglück, das aus der Nothwendigkeit des Budgets hervorgehe, mache die Bewilligung zu einer Nothwendigkeit. Ueber den Grund

der Regierung zur späten Einberufung möge sie sich rechtfertigen, könne sie das nicht, so könne hater Tadel ausgesprochen werden, jetzt müsse aber erst das Budget bewilligt werden. Weinhaben: Er sey zweifelhaft, ob es nicht vortheilhafter sey, daß man, statt die Wirkung eines verweigerten Budgets (die Verwirrung im Lande), die Ursache (also das Ministerium) aufhöbe. Wer steht dafür, fragte er, daß das Budget im März kommt? wer steht dafür, daß nicht wieder eine Verlegung oder Auflösung erfolgt? Ich glaube auch, daß die Stände-Versammlung, welche das Budget prüfen soll, sich compromittirt, und wünsche den Zufuß, daß das Budget dieser Stände-Versammlung vorgelegt und die Bewilligung bis zum 1. April aufgeschoben werde. Bueren gegen die Bewilligung. Wir dürfen nicht bewilligen, ohne zu prüfen. Man spricht da von Zeit; so viel Zeit ist noch wohl da. Und warum ist die Stände-Versammlung aufgelöst? Man spricht von allerlei, aber der wahre Grund davon ist, weil wir hier die Grundrechte und die Reichs-versaffung durchfahren wollten. Warum hat man uns so spät berufen? Man hat unter der Zeit das Dreißigkündig gemacht, ist davon wieder zurückgegangen; man hat auch wohl noch sonst was gemacht, was wir nicht wissen. Gerbing: Ich sehe den Abgrund nicht ein, wohin das Land kommt; und wenn auch, so schreie ich die Schuld davon auf diejenigen, welche die Veranlassung dazu gegeben. Die beantragte Fortbewilligung steht mit den Pflichten der Stände-Versammlung im Widerspruch, ja es liegt eine Verfassungs-Verletzung darin, wenn wir bewilligen, ohne zu prüfen. Lang II. fand durchaus keine Verletzung darin und wies darauf hin, daß nicht ein Regierungs-Vorschlag, sondern ein Antrag der Finanz-Commission vorliege. Was die Zeit zur Prüfung anlangte, so müsse er darauf hinweisen, daß zu dem früheren Budget jetzt dasjenige der K. Generalkasse hinzukomme, dann die Verzeichnisse der Besoldungen, Pensionen, die Rechnung über Betriebs-Anlagen, z. B. den März u., durchzunehmen seyen. Was über die Angelegenheit der Regierung zu sagen sey, werde füglich bis zur deutschen Frage aufgeschoben werden können. Konne sie sich nicht rechtfertigen, so möge man der Regierung direct zu Leibe gehen, hier aber das Budget bewilligen und nicht das Land in so große Gefahr bringen. Lehzen hielt dafür, daß von Verfassungs-Verletzungen hier nicht die Rede seyn könne, weil die Stände ja das Budget im Ganzen bewilligen könnten, deren Rechte jedoch in dem Antrage völlig gewahrt wären. Gerding wiederholte, die Verlegenheit sey nur klein, wir hätten noch vier Wochen Zeit. Freudenthal: Keine kleine Verlegenheit, auch keine Verfassungs-Verletzung. Wir sind nicht hierhergekommen, um nur immer zu negiren, sondern auch etwas Positives zu schaffen, und ich wüßte nicht, wie wir die Gelegenheit zur Einführung der wichtigen Gesetze behalten wollten, wenn wir das Budget verweigerten. Bueren: Ich hatte erwartet, die Regierung sagte uns, warum die Verpätung eingetreten ist. Aber wir müssen uns nabren von den Vorlesern, die von des Herrn Trische fallen. Wir bereiten dem Lande kein Unglück, es thut ihm, die daran Schuld haben; wir thun unsere Pflicht. Man spricht von Steuererwiderungen; die sind in Verzug gekommen, besonders in Preußen; wir sind das nicht. Die Regierung verweigert sich die Steuern selbst, weil sie so spät damit kommt; sie sind die Steuererweigerer. Groß wollte nur bis Februar bewilligen. Stäve: Wenn hier das Ariom angenommen ist, daß eine Prüfung des Budgets nicht möglich gewesen sey, so muß ich das geradezu widerstreiten. Im Jahre 1834 war die Prüfung des Budgets wegen der ganz neu hinzukommenden Ausgaben der Kammerkasse noch viel schwieriger. Dasselbe kam nach dem 12. Mai an die Stände und war bis zum 1. Juli fertig und ich kann versichern, daß die Prüfung eine gründliche war, daß darüber noch eine große Menge gesammelter Notizen habe. Da mußte noch so viel Material aufgearbeitet werden. Die jetzige Zeit ist eben so lang. Die Regierung hat die Verantwortlichkeit und sie wird sie nicht scheuen; sie will gern die Vorwürfe entgegennehmen und sie wird sie beantworten. Ich will aber die späte Berufung einige Data geben: die Auslösung wird natürlich verschieden beurtheilt, die Regierung hat dafür die Verantwortlichkeit, sie hat ihr constitutionelles Recht ausgeübt. Die Regierung hatte die Absicht, die Stände auf den festen Boden zurückzuführen, sie wollte eine Einigung, die im Frühjahr nicht zu erreichen war. Wir glaubten die Zusammenberufung auf Ende September oder Anfang October eintreten lassen zu können, wie ich damals auch geäußert habe. Als die Wahlen beendigt waren, war ein Ereigniß dazwischen getreten; ich meine die Rede des Hrn. v. Radowitz, in welcher er sagte, die preussische Regierung werde den Bundesstaat mit Allen, mit Vielen oder mit Wenigen gründen, wodurch die Lage der deutschen Sache gänzlich verändert wurde, in welcher die Regierung große Gefahr laß. Darüber ging die erste Zeit hin. Nun kam noch ein anderes Ereigniß hinzu: der Abschluß einer Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich, die erst am 30. Septbr. von Preußen ratificirt wurde. Was dahin konnte man nicht sehen, was geschehen, was man freilich nachher auch nicht konnte. Nun hatte die Regierung die Versammlung auf den 1. Nov. gewünscht; der Grund von der Verpätung um acht Tage lag aber in localen Umständen. Nachdem er noch über den Nachtheil der kurzen Bewilligung und über die Art der Prüfung des Budgets gesprochen, über er fort: Ich muß noch auf eins und zwar darauf aufmerksam machen, daß die Stände jetzt eine viel höhere Pflicht übernommen haben, daß ist die Pflicht, die Landes-Verwaltung zu überwachen und zu erhalten; diese Pflicht haben wir übernommen, als wir aus der ersten Zeit, aus dem kleinsten ständischen Wesen übergegangen sind in die neue Zeit. Lang II.: Die Stände wollten dasselbe thun, was die Regierung beabsichtigte, sie wollten nämlich die Regierung auf dem festen Boden stützen; und ob nicht, wenn dieses gelingen wäre, tiefen einen großen Einfluß auf den Gang der deutschen Angelegenheit gehabt haben würde, kommt noch sehr in Frage. Als es zur Abstimmung ging, verlangte Bueren wieder namentliche Abstimmung. Gegen den Antr. a. der Commission stimmten: Bueren, Gerding, Gerbing, Schläger und Weinhaben, allebrigen Abgeordneten dafür.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748
749
750
751
752
753
754
755
756
757
758
759
760
761
762
763
764
765
766
767
768
769
770
771
772
773
774
775
776
777
778
779
780
781
782
783
784
785
786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799
800
801
802
803
804
805
806
807
808
809
810
811
812
813
814
815
816
817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835
836
837
838
839
840
84

selben zu verkennen. Wir leben nun einmal in einer Zeit, wo Alles möglich ist und wo Niemand weiß, was der morgende Tag bringen wird. Fürs Erste wird es indessen wohl beim Protektoren bleiben. Das schwerste Gesamt-Ministerium hat unter dem 26. v. M. die Beroderung in Bezug auf die Wahlen für die nächste Kammer-Periode erlassen, und sind nur die constitutionelle und die Reform-Partei darüber einverstanden, nur solche Männer in die Kammer zu wählen, welche es ehrlich mit der Verfassung meinen, so wird die Hoffnung auf das Gelingen derselben noch keineswegs als eine eitle zu betrachten seyn.

† Schleswig, den 2 December.
Unter dem 18 Nov. hat die Landes-Verwaltung zur
öffentlichen Kunde gebracht, daß die Verfügungen vom
5 März, 2 April, 23 April d. Z., betreffend die den
zur Schleswig-holsteinischen Armee und Marine ge-
hörigen Personen bisher eingeräumte Portofreiheit für
Briefe, Geldsendungen und Fahrpoststücke, für das
Herzogthum Schleswig außer Kraft steht.

Wien, den 28 November.
(Theilweise über Prag.)

(21.) Nach den eingelassenen Nachrichten haben alle russischen Truppen, die an dem ungarischen Feldzug Theil nahmen, mit Ausnahme weniger Maroburs das Gebiet der österreichischen Staaten wieder verlassen. (Schlef. Zl.) Ganz Ungarn in allen seinen nationalen Verzweigungen bereitet der Regierung durch seine andauernden passiven Widerstand unsehbare Schwierigkeiten. Die tugthafnen und einflußreichsten Personen bleiben bei der Neergangigkeit und Verwaltung dieses Landes theils unterdrückt, theils entziehen dieselben freiwillig ihre Theilnahme. Die ganze altconservative Partei, sonst die Alles vermögende Stütz der Regierung, ist in Waffen zur Oppositions-Partei geworden, welche sich im Augenblick wohl ruhig verhält, jedoch dereinst mit desto größerer Kraft und Einheit aufzutreten gedenkt. Sehr viele, besonders dem höheren Adel Angehörnde, ziehen es vor, ihr Vaterland zu verlassen, und sich anderwärts in neue zu gründen; ersbach finden gegenwärtig zahlreiche Verläufe und Werpachungen größerer und kleinerer Güterstücke Statt. Bemerkenswerth bleibt es übrigens, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die K. K. Commissarien bei ihren mannichfachen Verordnungen beharren, und nicht bedenken, daß sie einst zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Mit einer eigenthümlichen Angst sieht man nun der enblichen Verdrung der Provinzial Landtage, den Vorläufern des allgemeinen Reichstages, entgegen. Hier soll die Frage, wird Österreich ein Föderativstaat, oder wird die Centralisation die vorherrschende Idee des Kaiserreiches, zur definitiven Entscheidung kommen. Die Fragen der Nationalitäten und der Selbstständigkeit der Kronländer werden mit neuer Heftigkeit den bloß aufgedohbenen Kampf beginnen.

Der geistvolle Ingenieur-Hauptmann Möring, vorm. Mitglied des Frankfurter Parlaments und als freimüthiger Schriftsteller in vormaliger Zeit unter dem Namen Camero wohlbekannt, ist zum Major be-

In den letzten Tagen der Abwesenheit des Ministers, Präsidenten, Fürsten Schwarzberg, und des Ministers des Innern, Bach, waren die Angriffe der hiesigen Oppositionsblätter gegen das Ministerium heftiger als je, entränt, und namentlich scheint der Minister des Innern als Zielscheibe aller Anschuldigungen außerordentlich zu seyn. Aus den Provinzen erschallen ähnliche Stimmen. Daß die ungarische und, wie sich jetzt zeigt, die böhmische Verfassung den bürgerlichen Minister, der jetzt in seiner Hand eine Aukmacht vereinigt, nicht gewogen seyn mag, ist erklärlich; allein, daß auch der Burscherland Chorus gegen Bach macht, deutet am meisten darauf hin, welche Elemente hier und in den Provinzen noch vertriegen sind.

Zwei Polen, Namens Lapinski und Plonski, welche in dem ungarischen Revolutionen-Kriege gedient, unter Klapka in Komorn während der Belagerung dieser Festung sich befanden, und auf Grund der allgemeinen Amnestie für die in Komorn gewesenen Insurgenten sich nach Galizien begeben haben — sind dennoch insekheim, erstlich und haupts. nach Galizien abgeführt.

Aus Siebenbürgen hat sich eine aus dem Bischof Schegune und dem bekannten Landwirthsführer Jenku bestehende Deputation nach Wien begeben, die keinen geringeren Zweck verfolgt, als die Umwandlung Siebenbürgens in ein romantisches Fürstenthum. Es gehört neben die eiserne Stirn wolapischer Frechheit dazu, um derlei Unfluth zu fordern, und diese lächerliche Mission stellt die beiden damit betrauten Personen in das hellste Licht; Schegune ist aus der vormärzlichen Zeit als ein fervorler Intriguent und Jenku aus den unruhigen Tagen durch seine Raubzüge zur Genüge bekannt, gegen deren Abnahme die D. A. d. d. die Pungner-Armee-Corps laut und öffentlich protestirt haben.

(L.) In Pöchlitz ist eine neue Mode aufgekommen. Die Damen tragen Trauerkleider, ohne daß irgend ein Familienglied gestorben ist; und werden sie um die Ursache ihrer schwarzen Tracht gefragt, so erhält man die Antwort: "Wir trauern um das Unglück unseres Vaterlandes!"

Das Kriegsgericht zu Temeswar hat am 15 d. den Domherrn Josef Roka und den Lebermeister Lang zum Strang, den Völkhermeister Kronetter zu achtjähriger Festungstrafe verurtheilt. Die beiden Ersteren sind zu zwanzigjähriger Festungstrafe begnadigt worden.

(E. S. a. S.). Im vorigen Jahre wurde bekanntlich der ehemalige Justizminister Dr. Bach gleich zu Beginn des Reichstages interpellirt, was es denn nach der März-Annexion mit den 4 — 500 Italiänern, welche in den Kerker Muntzsch's noch gefangen gehalten wurden, für eine Bewandniß habe. Der Justizminister gab die Aufklärung, daß dies größtentheils gemeine

Das ist auch richtig, daß das größtenteils gemeine Verbreiter der niedrigen Art seien. Als sich jedoch das Verhältnis zwischen den beiden Regierungen zu Wien und zu Budapest stets ähneln gestaltete, setzte das magyarische Ministerium die Gefangenen alle ohne Unterscheidung, ohne Unterschied in Freiheit. Natürlich traten sie größtenteils in die damals entstehende magyarische Armee. Gegenwärtig sind sie bereits wieder einem großen Teile nach zur Haft gebracht und wer-

den wieder der früheren Strafbehandlung unterzogen. Die Wiener Blätter ist von Seiten der k. k. Staatsanwaltschaft die Aufforderung zugekommen, binnen 30 Tagen die durch das Preßgesetz vorgeschriebene Caution zu erlegen. Der Wanderer bemerkt dazu: Wir können diese Maßregel nicht anders verstehen, als daß die ordentlichen Gerichte mit dem Anfange des künftigen Jahres ihre Wirksamkeit beginnen und

Der bürgerliche Gesundheitszustand wieder hergestellt werde. Die Oesterreichische Reichs-Zeitung giebt eine vergleichende Zusammenstellung des Standes der österreichischen Armee in den Jahren 1784 und 1849. Während des ersten Kriegsjahres betrug hiernach die Stärke der österreichischen Armee 363,295 Mann; im Jahre 1849 beläuft sich auf 640,000 Mann.

Eine fast unglaubliche Nachricht theilt ein Correspondent der Preßburger Zeitung aus Lemberg am 19. Nov. mit. Hiernach hat nämlich der Ministerath in gerechter Würdigung der diesfalls eingereichten öffentlichen Vorstellungen das Verbot erlassen, daß sich neuerdings Juden mehr in die nur von Christen be-

ner keine Stadt nicht in die mit den Gassen be-
wachten Stadtviertel oder auf deren Verkaufsplätze
eintragen; selbst die aus Gewinnsicht mehrerer Chris-
ten Hausherrn dusebst eingeschlichenen Juden, die
das verderbliche Spiel bereits begonnen haben, müßten
noch nach ihren frühern Wohn- und Verkaufsplätzen
rück!

OC Wien, den 29 November.

Die kaiserlich von der königlichen Zeitung aus
erlin gebrachte und auf einen kriegerischen Protest
eiserneich gegen das kleindeutsche Bundesstaats-
recht Bezug habende telegraphische Depesche verleiht
nicht, auch hier, selbst in den Kreisen der Vorze,
außen zu machen. Aus der gestern eingetroffenen
antiken Debavouirung des Staats-Anzeigers und
der halbamtlichen zur Reform mögen überausflüchtige
gerumüthe die geeignete Veruhigung schöpfen. So viel
seint ungemacht, daß nur die äußerste Nothwendigkeit

felt Oesterreich zu dem äussersten Mittel jener Drohung zu greifen veranlassen konnte. Uebrigens können wir aus guter Quelle versichern, daß Oesterreich die deutsche Bundesverfassung als unwandelbar zu Recht bestehend betrachtet und die Constanzität von Gesetzen, welche der Widerspruch zwischen dieser und der Bundesstaatsidee veranlassen konnte, befürchtet. In diesem Sinne soll eine vom 12 d. datirte, an Sen. v. Prosch gerichtete Depesche sich ausgesprochen haben, und dürften derartige Explicationen bereits zu Berlin gegeben worden seyn. Es versteht sich indessen von selbst, daß in demselben Maasse als das Bundesstaatsproject einstig der Bewilligung entgegengeführt werden wollte, auch hier verstärkter Accent auf das gute und verbrieft Recht Oesterreichs gelegt werden mußte.

Der allerhöchste Hof ist von dem Lustschlosse Schönbrunn in die K. K. Hofburg übersiedelt.
Sr. Maj. wollte am 27. d. auf der Nordbahn sich nach Heding und von dort nach dem Lustschlosse zu Heiligenbeigen, doch wurden Allerhöchstdies-ßen, obwohl schon im Bahnhofe aufgefahen, in Folge der äußerst ungünstigen Witterung von Ihrem Entschlusse abgebrocht und fuhren wieder nach Schönbrunn zurück.

Wegen Schneeverwehung blieb die Communication mit Preßburg am vorgestrigen Tage ganz unterbrochen und erst gestern ging der Zug wieder dahin ab, nachdem von Preßburg telegraphirt worden war, daß die Bahn zwischen Gänserndorf und Preßburg wieder fahrbar geworden sey. Leider mußten am 26 d. die Reisenden mit dem Train, nachdem sie elliche Stunden lang der furchtbaren Kälte ausgesetzt gewesen, wieder umkehren, da es an jenem Tage geradezu unmöglich war, die Bahn vom Schnee zu reinigen. Auch auf anderen Bahnstrecken häuften sich gewaltige Schneemassen, so daß sämtliche Bahnzüge bei Weitem verspätet eintrafen. Nach Debenburg ist der Nachmittagszahn vorgestern nicht abgegangen. Die Donau-Dampfschiffahrt von hier nach Linz ist gänzlich eingestellt. Die Donau ist bereits mit Treibeis belegt, die Mündung des Donau-Kanals gänzlich zugefroren. Viele Fahrzüge konnten ohne Gefahr der Beschädigung nicht mehr an das Land geschafft werden. Kartoffeln und Obst, womit die Mehrzahl unserer Schiffe befrachtet war, haben durch die Kälte stark gelitten und sind größtentheils ungenießbar geworden.

Das Abendblatt der Presse will den Grafen v. Stadion in Wien angelangt wissen. Die Nachricht ist gänzlich falsch.

Der Lloyd enthält heute einen sehr bemerkenswerthen, die Schwierigkeiten und Bedenken sofortiger Verurteilung des Reichstages beleuchtenden Aufsatz.

Mit dem gestrigen Preßburger Zuge ward der ehemalige preussische Lieutenant August Uffner, der bis zum Mai d. J. bei den magyarischen Husaren gedient hatte, unter Militärbedeckung zur Untersuchung nach Preßburg abgeführt.

Die K. K. Corvette Beloei, Capitän Skopinich, ist nach den Gewässern von Patmos abgegangen, mit dem Auftrage, dem dort überhebnehmenden Unfuge griechischer Seeräuber zu steuern. Gleiche Bestimmung wird das Kriegsdampfschiff Marianna in den Gewässern des Archipels zu erfüllen haben.

LUWien, den 29 November.

In Bezug auf die von österreichischer Seite erlassene Note an Preußen erzählt man Folgendes: Unterm 12 d. ist eine Depesche an Hrn. v. Prokesch abgegangen, worin das österreichische Cabinet die deutsche Bundesversammlung, als unwandelbar zu Recht bestehend, bekräftigt und die Annahme der

gehend, betrachtet und die Eventualität von Gerichten, welche der Widerspruch zwischen dieser und der Bundesstaats-Zee vorurteilen könnte, bedürftigt Wohlunterrichtete mollen wissen, daß es sich von selbst versteht, daß in demselben Maße, als das Bundesstaats-Projekt einseitig der Verwirklichung entgegengeführt werden wollte, auch hier verstärkter Accent auf das gute und verbriefte Recht Österreich gelegt werden müßte. Nur die äußerste Nothwendigkeit konnte Österreich veranlassen, zu dem Mittel jener gewaltsamen Erhebung zu greifen.

Aus Schumla wird vom 18. Nov. berichtet, daß seit dem 28. Okt. 1000 ungarische und 300 polnische Flüchtlinge daselbst eingetroffen sind, und im Falle tieferen einer wiederholten Aufforderung zur Rückkehr vom österreichischen Consul nicht entsprechen sollten, so würden sie nach Diarbefir transportiert werden. An ihrer dortigen Bewachung will die Porte Anteil nehmen, aber Rußland will sie ausschließlich von russi-

In Pesth ist am 23. d. der Professor der Chirurgie, Dr. Balassa, auf freien Fuß gesetzt worden. Man hofft, er werde seine allgemein gewürdigte Thätigkeit auf der Lehrkanzel fortführen.

In Ungarn wurden, trotz aller polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen, Kossuth, Medaillen eingeschmuggelt, die von seinen Freunden und Anhängern als unerschöpfbare Kleinode verehrt werden. Sie sind von der Größe eines sechs-prüflichen Thalers und tragen auf einer Seite das Bild Kossuths mit der Handschrift: "Ludwig Kossuth, geboren den 27. April 1806", auf der anderen Seite das republikanische Wappen Ungarns mit den

Worten: "Gott schütze Ungarn." Die Münze ist in eine kurze Lebensbeschreibung Kossuths eingewickelt.

Die Juden in Krakau erhielten durch die Verfassung vom 4. März die Schranken ihres Ghetto für gelassen, und mehrere von ihnen überiedelten in die nächst gelegene Vorstadt. Ein hierauf von der Bürgerschaft gegen sie eingeleiteter Prozeß wurde von dem Stadtrathe zu ihrem Nachtheil entschieden, und der

Vertheid der Unrechtfertigkeit fiel nicht günstiger aus. Eine Deputation der Krakauer Judenchaft hat nun, ihren Rabbiner und früheren Reichstags-Deputirten Weisels an der Spitze, zur Recurirung an das Ministerium sich hieher gegeben. Bei der Audienz sagte Weisels: „Grossen! Wir bitten nicht für uns, sondern für die Ehre des Kaisers. Wörtlich, daß es zur Wahrheit werden solle. Se. Maj. sprach unsere Gleichberechtigung an, aber durch ein solches Unrecht werden wir

„In Oesterreich heißen bereits 106 Telegraphen-Bureau's; binnen 3 Jahren, wo die noch zu errichtenden Linien brennhaft seyn werden, dürften noch an 200 Bureau's dazu kommen. Sie sind nach den vier Weltgegenden in vier Sectionen eingetheilt. Das Abendblatt des Lloyd dringt freilich: „Das

Das Ansehen der Kiste bringt Folgendes: „Das englische Geschwader hat sich, nach den Nachrichten aus der Levante, mehr südlich zurückgezogen. Das französische ankerte fortwährend bei Burla.
(Die Posten aus Wien vom 30 Nov. und 1 Dec. sind ausgeblieben.)

Bern, den 27 November.
Im Nationalrath entwickelte gestern Littel seine
Motion in der Blicklings Angelegenheit sehr weit-
läufig und wurde mit flüster Stille angehört. Er
vertrat es, zu dem Beschluß vom 6 Aug. mitgewirkt
zu haben, hoch habe der Bundesrath, denselben nicht

zu haben, doch habe der Bundesrath denselben nicht mit der Milde ausgelegt, mit der er erlassen war. Er klagte über die Heimlichkeit, die bei allen Unterhandlungen beobachtet worden, und fand, daß gegen die flüchtigen Radikalen nicht die Zuverlässigkeit beobachtet worden sey, wie gegen die flüchtigen Aristokraten, obgleich die Ersteren eben so auf Verlässlichkeit zu rechnen hätten.

similit fassen konnten, als die Lehteren. Der Redner
vill Aufschluß über alle Städtlingsverbordandlungen,
über Wozzins's Ausweisung, über die Neuenburger
Frage u. Bon dem Weislich des Bundepräsidenten
vom 10 d. behauptete er, daß er eine Verfassungs-
verlehtung enthalte. Hierauf sprach Treue und be-

uerte, daß der Nationalratsh. Beschl. vom 6. Aug. nicht bestimmter gefaßt worden; was sie mit so regem Eifer verlangete Veröffentlichung aller und jeder Korrespondenzen betreffe, sie habe er nicht dazugegen, nur glaube er, daß man darin finden werde, was man nicht suchte, und darin suchte, was nicht zu finden sei. Er pretsifizierte entflohen gegen den Vorwurf, daß auch nur ein einziger Flüchtling dort aber unendlich vom eibensoffenen Sudia. Department

